



Zeitung für Basisdemokratie und Emanzipation an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät

▶ Ein Projekt der Basisgruppe Sozialwissenschaften Göttingen
www.bb-goettingen.de/bgsowi

▶ In dieser Ausgabe

- Vollversammlung am Dienstag den 8.6. - Ablauf und Themenvorschläge
- Bildung im Wandel - Eine Analyse der vergangenen Bildungsreformen
- Forderungen des Mittelbaus an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät
- Termine

08.06. 18:00 Uhr ZHG008:
Vollversammlung der Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Liebe Leute,

In euren Händen haltet ihr die erste „Spectacle - Zeitung für Basisdemokratie und Emanzipation an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät“. Mit diesem Projekt wollen wir ein Medium schaffen, das sowohl inhaltliche Anreize als auch praktische Ansätze in die SoWi-Fakultät reinträgt. Dabei wollen wir versuchen auf allgemeine Debatten einzugehen, ohne dabei den Blick für lokale Missstände und sich gegen diese erhebenden Widerstand zu verlieren. Der Titel der Zeitung ist auch eine praktische Kritik am Spektakel des „Bildungsstreiks“. Emanzipatorische Politik findet u.E. an der Basis statt und diskutiert verbindlich über Inhalte und Praxisansätze. Beides wurde in der Vergangenheit vernachlässigt

In dieser Ausgabe erfahrt ihr alles über die bevorstehende SoWi-VV. Sowohl den Artikel des Basisdemokratischen Bündnis‘ „Bildung im Wandel“ als auch das Papier des Mittelbaus der Sozialwissenschaftlichen Fakultät haben wir für euch neu aufgelegt. Auf den folgenden Seiten findet ihr also alles, was die kommende SoWi-VV betrifft.

Viel Spaß beim Lesen!

Basisgruppe Sozialwissenschaften

Kommt zur Vollversammlung der Sozialwissenschaftlichen Fakultät am 8.6.2010 um 18:00 Uhr im ZHG008

Was sind Vollversammlungen?

Eine Vollversammlung ist ein öffentliches politisches Forum für alle. Mit der außerparlamentarischen Opposition wurden immer wieder alternative Formen der Entscheidungsfindung ausprobiert und seitdem finden mehr oder weniger Regelmäßig (je nach politischer Konjunktur) an den Universitäten Vollversammlungen statt. Vollversammlungen sind also Institutionen zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ohne, dass dabei die Teilnahme und das Mitspracherecht auf wenige beschränkt bleibt. Sie sind ein zentrales Mittel demokratischer Diskussion und basisdemokratischer Organisierung.

Die Themen werden dabei in der Regel von der Vorbereitungsgruppe vorstrukturiert, können aber im Laufe der Versammlungen ergänzt werden.

Warum Vollversammlungen?

Vollversammlungen sollten zu einer etablierten politischen Praxis an unserer Fakultät gehören. Durch sie werden losgelöste Entscheidungen von oben vermieden, und es wird eine Transparenz über die derzeitigen Entwicklungen an der Universität sichergestellt. Wichtig ist vor allem: Durch sie können wir als Studierende auch unabhängig von Gremien und Obrigkeiten Entscheidungsprozesse anstoßen, gemeinsam Lösungswege erarbeiten und Ausgangspunkte unserer Proteste sein.

Das sind Gründe, warum wir es als Fachschaftsrat der Sozialwissenschaftlichen Fakultät gemeinsam mit den Fachgruppen an der Basis anstreben, kontinuierlich Vollversammlungen innerhalb der Fakultät abzuhalten. Unsere Arbeit kann dort diskutiert und Probleme kommuniziert werden. Außerdem können wir gemeinsam innerhalb der Universität agieren. Wir wollen unsere Universität selbst gestalten. Komm zu den Vollversammlungen. Nur gemeinsam können wir was verändern.

Themen für die Vollversammlung am 8.6.2010

Auf dieser Vollversammlung soll eine verbindliche Resolution zustande kommen, die von den Studierenden der Sozialwissenschaftlichen Fakultät beschlossen wird. Dabei geht es einerseits um die fakultätsinterne Veränderungen der Arbeits- und Lernbedingungen und andererseits um die Entwicklung gemeinsamer Positionen zu Themenbereichen auf allgemeinerer Ebene.

■ Informationen zu den Forderungen und Erfolgen an anderen Fakultäten

An der Philosophischen Fakultät ist mindestens genauso viel passiert wie an der Sozialwissenschaftlichen. Zu den Erfolgen und Auseinandersetzungen



wird euch ein Referent der Fachgruppe Sozialwissenschaften/Germanistik ein kurzes Input geben.

- Informationen zu den Reformen der Bachelor/Master-Studiengänge an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät (Bisherige Veränderungen, anstehende Forderungen)

Ein beständiger Kreis von Leuten hat sich intensiv mit den Prüfungs- und Studienordnungen an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät auseinandergesetzt. Diese informieren über Veränderungen eures Studiums, erfolge durch politischen Druck und anstehende Entwicklungen an der Fakultät.

- Das Positionspapier des Mittelbaus der Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Im Wintersemester 2009/2010 hat der Mittelbau der Sozialwissenschaftlichen Fakultät ein Positionspapier zum Bildungsstreik veröffentlicht. In diesem solidarisieren sie sich mit den Forderungen der Studierenden und stellen weitergehende Forderungen zu ihren Arbeitsbedingungen. Eine Vertreterin des Mittelbaus wird ein kurzes Input zum Paper geben. Anschließend wollen wir gemeinsam mit euch über das Papier diskutieren und eine Resolution zu den Forderungen verabschieden.

- Allgemeine Forderungen zur Bildungspolitik und Universitätsstruktur

Die Forderungen zur Reform der Studienstruktur beziehen sich einerseits auf die konkreten Studienbedingungen an der Fakultät. Diese werden im 2. Punkt vorgestellt. Sie sind aber ebenfalls in einem allgemeinen politischen Diskurs eingebettet. In diesen Diskurs haben wir seit dem Sommersemester 2009 mit unseren Protesten interveniert. Damit diese an schärfe gewinnen und eine Perspektive dafür bieten, wie wir uns Bildung im allgemeinen und diese Universität im besonderen vorstellen, wollen wir eine Resolution verabschieden in denen unsere konkreten Forderungen stehen, für die wir uns auch

entschlossen einsetzen wollen.

- Informationen zum Studiengebührenboykott

Im Sommersemester 2011 soll es einen erneuten Anlauf zum Studiengebührenboykott geben. Im „Bildungsstreik 2009“ ist deutlich geworden, wie viele Studierende die Gebühren ablehnen. Dies soll nun praktisch umgesetzt werden. Eine Aktivistin aus dem Arbeitskreis zum Studiengebührenboykott wird das Projekt vorstellen und über Partizipationsmöglichkeiten informieren.

Deshalb wir wollen gemeinsam die Forderungen und Positionen durchgehen und an jenen Punkten, bei denen Bedarf besteht, die Möglichkeit zur Diskussion anbieten. Anschließend werden in einem offenen Abstimmungsverfahren die punkte beschlossen. Das stellt uns natürlich vor ein Problem: Je mehr Punkte diskutiert werden sollen, desto weniger zeit bleibt für die Diskussion. Diese Methode zur Entscheidungsfindung für die Resolutionen, versucht sowohl den Konsens zu ermöglichen, als auch die Tatsache zu berücksichtigen, dass ein Konsens in einem derart offenen und heterogenen Raum nicht immer möglich ist.

Am Ende der Vollversammlung soll ein Forderungspaket stehen dass folgende Punkte enthält:

- Die meisten Studierenden können sich in der Resolution wiederfinden.

- Die Resolution führt zu einer langfristigen Organisation und verbindlichen Partizipation.

Die Vollversammlung soll bis 20:15 dauern.

► Bildung im Wandel

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Hochschulrankings, Leitartikel und Titelthemen über die Situation an deutschen Unis berichten. Inzwischen dürfte klar sein, dass es sich um ein Thema von staatstragender Wichtigkeit handeln muss, an dem verschiedenste Akteure ein vitales Interesse haben.

Die aktuelle Bildungsdebatte hat etwas Groteskes. Denn während einerseits das Wort von der Wissensgesellschaft in aller Munde ist und überall die Notwendigkeit von Bildung beschworen wird, wird andererseits ihre Finanzierung immer weiter zurück gefahren. Während die Pisa-Studie zeigt, dass Deutschland europaweit eines der sozial selektivsten Bildungssysteme besitzt, also Kinder aus sog. bildungsfernen, d.h. ärmeren, Schichten strukturell benachteiligt werden, führen die Länder Studiengebühren ein. Das ist erklärungsbedürftig.

► **Rückblick: Die Bildungsreform der 60er Jahre**

Im Rahmen der ersten Bildungsreform in der BRD seit Anfang der 60er Jahre konnten viele Freiheiten innerhalb des Studiums erkämpft werden. Die deutsche Wirtschaft verzeichnete in dieser Zeit immense Wachstumsraten. Diese beruhten v.a. auf einem exportstarken qualitativ hochwertigen Industriesektor. Dem entsprach die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung und auch das Bildungssystem. Das dreigliedrige Schulsystem, das bis heute Bestand hat, festigte und reproduzierte die soziale Differenzierung durch seine frühe Selektion. Während sich aus den Haupt- und Realschulen die klassischen fordistischen Industriearbeiter rekrutierten, bildeten die Universitäten v.a. Funktionseliten (Ingenieure, Manager, usw.) aus.

Jedoch erhöhte sich in den 60er Jahren der Bedarf an gut qualifizierten Facharbeitern in dem Maße, dass das Bildungswesen mit seinen starken sozialen Selektionsmechanismen die Nachfrage nicht mehr decken konnte. In diesem Kontext steht die Bildungsdebatte der 60er und 70er Jahre. Die Hochschulen wurden nun geöffnet. 1970 wurden die Studiengebühren abgeschafft. Die Einführung des BAföG verringerte die schichtspezifischen Zugangsbarrieren zusätzlich. Der Anteil der ArbeiterInnenkinder an der Zusammensetzung der Studierenden erhöhte sich von 6% 1963 auf 16% 1982. Der Staat übernahm jetzt weitestgehend die Bildungskosten. Die Bildung wurde in dieser Zeit als sozialpolitisches Instrument entdeckt. Denn die Erweiterung der Studierendenschaft an Unis und Fachhochschulen konnte nur unter Einbeziehung breiterer Schichten

erreicht werden. Deshalb wurde der Versuch unternommen, über die Bildungspolitik die soziale Mobilität von Kindern aus unteren Schichten zu erhöhen. Die Gründung von Fachhochschulen und Universitäten wurde bewusst zur Förderung strukturschwacher Regionen eingesetzt. In Niedersachsen z.B. wurde ein Netz kleinerer Universitätsstandorte über das Land gezogen, um die ländlichen Regionen zu entwickeln. Die expandierende Wirtschaft und das expandierende Bildungswesen bedingen sich also gegenseitig. Das extensive Wirtschaftswachstum erlaubte dem Staat die gesellschaftliche Infrastruktur - zu der auch die Bildung gehört - immer weiter auszubauen. Zugleich ist diese Infrastruktur Bedingung für den Erfolg der deutschen Wirtschaft. Weiterhin sicherte das dreigliedrige Schulsystem mit seinen frühzeitigen Selektionsmechanismen eine Unterschicht von Industriearbeitern, während die Anzahl der Studierenden erhöht und damit die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften bedient werden konnte. Schon damals war die Vorstellung von der freien Wissenschaft oder der freien Bildung also eine Illusion. Schon immer diente sie zur Ausbildung von ökonomischen Humanressourcen. Trotz allem ließ das System seit den Bildungsreformen der 60er Jahre größere Freiheiten innerhalb des akademischen Betriebs zu.

► **Die doppelte Krise des Bildungssystems**

Dieses System gerät jedoch spätestens in den 80er Jahren in eine Krise, die es bis heute nicht überwunden hat. Mit dem Ende des Nachkriegsbooms beginnt eine Politik, die versucht die Kosten der sozialen Infrastruktur zu senken. Der Staat reagiert auf die wirtschaftliche Entwicklung mit immer weiteren Steuerentlastungen für die Unternehmen. Der Anteil der Gewinnsteuern an den gesamten Steuereinnahmen reduziert sich von 32% im Jahre 1977 auf ca.12,3% im Jahr 1998. Während z.B. die USA auf diese Entwicklung mit einer massiven Ausweitung des Haushaltsdefizits reagieren, spricht Schulden machen, versuchen der deutsche Staat ebenso wie die Länder und Kommunen diesen Einschnitt zu kompensieren, indem sie versuchen ihre Ausgaben in allen Bereichen zu senken oder zumindest stabil zu halten. Dies gelingt jedoch nur bedingt und es kommt zu einem kontinuierlichen Anstieg des Haushaltsdefizits. Im Jahr 2003 belaufen sich die angehäuften Staatsschulden auf 1.300 Mrd. Euro. Bis zu 20% des Haushaltes wird zur Zinszahlung verwendet. Der Staat ebenso wie Länder und Kommunen gerät zunehmend in die Klemme einerseits die gesellschaftliche Infrastruktur aufrecht erhalten zu müssen, auf die

die Wirtschaft angewiesen ist, andererseits hierfür immer weniger Mittel von der Wirtschaft abschöpfen zu können und zu wollen. Denn auch innerhalb dieser Logik sind es weiterhin politische Entscheidungen durch die Prioritäten gesetzt werden. So hat in der Steuerpolitik der letzten Jahre eine massive Entlastung von höheren Einkommen stattgefunden. Allein die letzte Stufe der rot-grünen Steuerreform mit der Absenkung des Spitzensteuersatzes von 47% auf 42% bringt Verluste um ca. sechs Milliarden Euro und entlastet v.a. die BezieherInnen von Jahreseinkommen zwischen 500.000 und 1.000.000 Euro. So finden innerhalb der allgemeinen Sparlogik Prioritätensetzungen statt, die durch politische Kämpfe veränderbar sind. Die gesellschaftlichen Umbrüche führen jedoch auch zu einer veränderten Bestimmung dessen, was Aufgabe von Bildung sein soll. Denn mit dem Bedeutungsverlust der Industrie, der mit einem Bedeutungszuwachs des Dienstleistungssektors einher geht, findet auch eine Umwälzung der Anforderungen an das Bildungssystem statt. Es ist der European Roundtable of Industrialists (ERT), der diese Veränderung kurz und bündig auf den Punkt bringt: „Erfolgreiche Kandidaten für traditionelle Berufe können natürlich durch eine frühe Spezialisierung in der Schule, vielleicht gefolgt von einer Ausbildung, produziert (produced) werden. Aber es muss eine Garantie geben, dass dieser Beruf auch noch nach Jahren da sein wird. Dieses System war gut für die langsame Vergangenheit, aber heute ist es unangemessen.“ Und weiter: „Arbeitgeber brauchen Menschen mit Selbstdisziplin, die sich an ständige Veränderungen anpassen können und endlosen neuen Herausforderungen gewachsen sind“, schreibt der ERT in seinem Dossier „Towards the learning society“. Was hier bereits 1995 antizipiert worden ist wird zunehmend zur Realität. Es geht um die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses und um das Ende kontinuierlicher Arbeitsbiographien. Der klassische fordistische Arbeiter, der auf der Grundlage von einmal erworbenen Kenntnissen ein Leben lang eine Arbeit verrichten kann, gehört der Vergangenheit an. Im Zeitalter von ‚flachen Hierarchien‘ und Just-in-Time-Produktion geht es nicht mehr darum den Menschen in tayloristisch zergliederte Arbeitsabläufe zu pressen, die möglichst monoton verrichtet werden können, sondern darum, den Menschen in seiner ganzen Persönlichkeit der Arbeit zu unterwerfen, oder wie es im Managementdeutsch heißt: Es geht darum das Gold in den Köpfen der Menschen zu heben. Darauf ist jedoch das bisherige Bildungssystem, mit seiner frühen Selektion und der damit verbundenen geringen Qualifizierung nicht abgestimmt. Der oder die Haupt- und RealschülerIn mit tendenziell rudimentären Rechtschreib- und Mathematikkenntnissen und einer spezialisierten beruflichen Ausbildung ist für dieses Anforderungsprofil denkbar ungeeignet. Erfüllte die Schule mit ihrem

disziplinierenden Instrumentarium bisher also durchaus ihren Zweck, wird sie nun zum Hemmschuh. Denn ab sofort „ist der ganze Mensch gefragt, mit seinen individuellen Möglichkeiten, seiner Offenheit, seinem Talent und seiner Leidenschaft“ hier in den Worten von Peter Hartz über den Arbeitnehmer der Zukunft. Wer diesen Anforderungen nicht entsprechen kann oder wessen Arbeitskraft aus anderen Gründen aktuell nicht nachgefragt wird, gehört zu den ca. 5 Millionen Menschen, die mit Arbeitslosengeld II entweder bedroht oder bereits schikaniert werden.



Immer wieder müssen BildungsministerInnen aufs Schlachtfeld um Antworten auf akute Krisen zu suchen. Hier: Annette Schavan

» **Verschiedene Antworten**

Die Politik hat also zwei zentrale Probleme ausgemacht: Das Bildungswesen ist unterfinanziert und nicht angemessen an den wirtschaftlichen Anforderungen ausgerichtet. Als Antwort auf diese Probleme lassen sich im wesentlichen drei Stränge ausmachen, die sich teilweise ergänzen zum Teil aber auch einander widersprechen.

1. Reform der Studienstruktur: ‚lebenslanges Lernen‘

Der wichtigsten Ansatz zur Reformierung der Studienstrukturen ist das Konzept des ‚lebenslangen Lernens‘. Was sich oberflächlich betrachtet zunächst als ein emanzipatorischer Begriff ausnimmt, hat es jedoch wahrhaft neoliberal in sich. Was sich nämlich hinter diesem Begriff verbirgt ist das Konzept der ‚employability‘, was übersetzt ‚Beschäftigungsfähigkeit‘ heißt. Peter Hartz, dessen sozialpolitischen Vorstellung inzwischen Gesetzeskraft erlangt haben, formuliert das so: „eine neue Jobmoral, in der sich die Menschen nicht nur als Inhaber ihrer Arbeitskraft verstehen (sozusagen als shareholder ihrer Human Assets), sondern die Verantwortung für ihre Beschäftigungsfähigkeit übernehmen, also sich als ‚workholder‘ als Bewahrer und aktiver Entwickler ihrer Chancen und Arbeitsplätze verhalten“. Um für diese Aufgabe gerüstet zu sein, „muss den Menschen gelehrt werden, wie man denkt und lernt“ (ERT). Und damit wäre auch schon fast abschließend die Aufgabe des Bachelor umrissen, oder wie es das ‚Centrum für Hochschulentwicklung‘ (CHE) ausdrückt: „Eine zentrale Funktion von Bachelor-

studiengängen unabhängig vom Studienfach, besteht darin, die Lernfähigkeit der Studierenden auf hohem Niveau zu entwickeln (...) damit sie den Anforderungen ständiger Weiterqualifikation zum Erhalt ihrer Berufsfähigkeit (...) Rechnung tragen können.“ Bei diesen Parallelen bis in die Formulierungen hinein wäre es fast angebracht die aktuellen Bildungsreformen als Hartz V zu bezeichnen. Es ist klar, dass hier nicht die möglichst freie Entfaltung des Menschen auf dem Programm steht. Nicht mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse sollen dem Menschen - sondern anders herum der Mensch soll den gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst werden. Das Leitbild dieser Bildungsreform ist die Ich-AG, der selbstverantwortliche Arbeitskraftunternehmer, der die Bildung als „hochrentable Investition in die eigene berufliche und private Zukunft“ betrachtet, wie uns der niedersächsische Bildungsminister Lutz Stratmann erklärt. Dass die Menschen sich einem solchen Leitbild nicht ohne Angst und äußeren Druck anpassen, versteht sich aus dem Kontext der Erklärung von allein: Es geht um die Rechtfertigung von Studiengebühren. In diesem Zusammenhang sind die Ankündigung der BildungsministerInnen durchaus ernst zu nehmen, die eine Erhöhung der Studierendenzahlen versprechen. Mit dem verstümmelten Studiengang des Bachelors können größere Zahlen von Studierenden in immer kürzerer Zeit durch die Universität geschleust werden. Die Studiengebühren werden ihr Übriges tun, um den Wunsch nach einer möglichst kurzen Verweildauer an der Universität auch bei den Studierenden zu verankern. Der Master, der bei weitem nicht allen BachelorabsolventInnen offen stehen wird, entwickelt sich so von ganz allein zu einem Elitenförderungsprogramm. Dies kann sogar teilweise kostenneutral geschehen, durch eine Umverteilung der Finanzen weg von der breiten Massenbildung, die durch den Bachelor immer weiter formalisiert und damit verschult wird, hin zur Elitenbildung in den ausgedünnten Masterstudiengängen. Das Konzept Bachelor - zumindest wie es in Deutschland umgesetzt wird - wird also nur verständlich, wenn man es im Zusammenhang mit dem Konzept des 'lebenslangen Lernens' betrachtet. Es geht dabei um eine Neujustierung des Bildungssystems, und die Schaffung von zunehmend unsichereren Arbeitsverhältnissen auf die der Mensch mit mehr 'Flexibilität' antworten soll. Damit ist es Teil des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft.

2. Finanzierung

Der zweite Strang umfasst die Bildungsfinanzierung, die durch die bewusst leer gesparten öffentlichen Kassen nicht mehr zu leisten ist. Daher wird erstens versucht das Studium durchzurationalisie-



Im Sommersemester 2009 gingen in Göttingen knapp 10.000 Menschen auf die protestieren. „Sie wissen es nicht, aber sie tun es.“

ren, also die Kosten pro Studierenden in der Masse zu senken und zweitens weitere Geldquellen aufzutun. Mit dem Bachelor-/Master-system und seiner effizienteren Selektion ist hierfür eine erste zentrale Weiche gestellt. Ein weiterer Schritt ist der Versuch zunehmend sogenannte Drittmittel aus der Wirtschaft zu gewinnen bzw. die Unis zu zwingen, sich um solche zu bemühen. Das bedeutet nichts anderes als eine weitere Ausrichtung der Unis an der Wirtschaft. Damit wird jedoch ein entscheidendes Moment unterlaufen, weshalb der Staat Bildung und Forschung bisher als seine hoheitliche Aufgabe angesehen hat. Denn die notwendige Grundlagenforschung wird in den seltensten Fällen von betriebswirtschaftlich kalkulierenden Unternehmen gefördert werden, wenn die Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse noch in den Sternen steht. Zu guter Letzt sollen Studiengebühren gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Sie sollen disziplinierend wirken und so die Studienzeiten quasi von allein verkürzen. Weiterhin fungieren sie als Geldquelle für die leer gesparten Unihaushalte. Hinzu kommt jedoch noch eine weitere Hoffnung: Studiengebühren sollen marktwirtschaftliche Mechanismen in der Bildungslandschaft etablieren. Die Studierenden, so die Ideologie, würden dann mit der Geldbörse über die Studienqualität abstimmen. Damit würden die Unis gezwungen, sich um ihre Kunden zu bemühen und ihre Angebote, also die Lehre, entsprechend „kundenfreundlicher“ zu gestalten. So sollen Studiengebühren nicht nur auf die Studierenden disziplinierend wirken sondern auch auf die Unis. Wahrhaft demokratisch.

» 3. Vermarktung der Bildung

Der dritte und mitunter brisanteste Strang wird in der Öffentlichkeit gern unter dem Begriff ‚Privatisierung der Bildung‘ verhandelt. Das trifft die Sache jedoch nur zur Hälfte.



Straße um gegen die hier dargestellten Zusammenhänge zu

Denn worum es hier geht ist nicht einfach nur ein juristischer Eigentumswechsel - von öffentlicher in private Hand - sondern es geht um die Zurechtstufung der Bildung zu einem marktförmigen Gut. Dabei gibt es eigentlich zwei Prozesse. Der erste ist die Kostenreduzierung. Das heißt genauer, dass die Kosten für den Staat reduziert werden, indem er sie den privaten NachfragerInnen auferlegt. Studiengebühren sind hier das Mittel der Wahl. Und wenn die Kunden dann einmal bezahlen müssen, überlässt man es am besten gleich der Wirtschaft, die den Umgang mit Kunden ohnehin besser beherrscht als der Staat. V.a. in der beruflichen Weiterbildung ist dieses Phänomen bereits weit verbreitet. So weit, so bekannt. Doch der zweite Prozess könnte einen Wandel einleiten, dessen tiefgreifenden Konsequenzen wir noch nicht einmal erahnen können. Mit der Krise der auf industrieller Massenproduktion basierenden Nachkriegswirtschaft, macht sich das Kapital zunehmend auf die Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten. Nachdem der dotcom-Traum zusammen mit der ‚New Economy‘ Ende der 90er Jahre geplatzt ist, gerät nun die Bildung zunehmend in den Fokus wirtschaftlicher Interessen. Immerhin werden nach Schätzungen der ‚Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung‘ (OECD) weltweit 1,9 Billionen Dollar jährlich im Bildungsbereich umgesetzt. Erschien dieses gewaltige Volumen bisher in erster Linie als Belastung für den Staatshaushalt, wird es in den letzten Jahren zunehmend als Anlagemöglichkeit entdeckt. In diesem Zusammenhang werden mit Blick auf die Pisa-Studie auch einige Dinge verständlich. Diese hatte ja bekanntlich gezeigt, dass das deutsche Bildungssystem sozial hoch selektiv ist. Vor diesem Hintergrund ist es für den naiven Betrachter zunächst verwunderlich, warum in den bildungspolitischen Debatten wenig in die skandinavischen Länder geschaut wird, die in dieser Frage recht passabel abgeschnitten hatten, sondern das angelsächsische und v.a. das australische Bildungswesen als Vorbild herangezogen wird. Das wird erst verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass es beim Bologna-Prozess in erster Linie um die „Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschul-

raums“ (Bologna ´99) geht. Hier geht es implizit um die Konkurrenz zu Ländern wie USA oder Australien. Immerhin erwarben ausländische Studierende 2003 in den USA für 13,6 Milliarden Dollar Bildungsdienstleistungen. Das ist fast die Hälfte aller Einnahmen, die die OECD Staaten 1999 im Handel mit Hochschuldienstleistungen erwirtschaftet haben (ca. 30 Milliarden). In Australien machen die „Einnahmen durch ausländische Studierende rund 12 Prozent der Außenhandelsbilanz aus.“ (Deutschlandfunk 8.9.03) Großbritannien und Australien setzen dabei v.a. auf den Export von modularisierten Studiengängen. Die Gewinne stammen hauptsächlich aus Schwellenländern, die sich, meist nachdem die ‚Welthandelsorganisation‘ (WTO) sie im Rahmen von sogenannten Strukturanpassungsprogrammen verpflichtet hatte, die eigenen Hochschulen kaputt zu kürzen, den ausländischen AnbieterInnen geöffnet haben. Johanna Witte vom CHE hat 2001 für den „Deutschen Akademischen Austauschdienst“ (DAAD) untersucht, „was deutsche Hochschulen von den ausländischen Vorreitern auf diesem Feld lernen können“. Es ist die selbe Johanna Witte, die im Juni 2003 „Das Positionspapier II zu Bachelor und Masterstudiengängen“ des CHE mit vorgelegten Empfehlungen zur Umsetzung des Bologna-Prozesses gemacht werden. In ihrer Untersuchung von 2001 stellt sie fest, dass als wesentliche Voraussetzung für den Export der Studiengänge „die Lehrinhalte in Form von modularisierten Einheiten aufbereitet sein“ müssen. Ein weiterer „Hauptknackpunkt“ sei, „wie die Gleichwertigkeit der Abschlüsse (...) gesichert werden“ könne. Damit wären dann auch alle zentralen Aspekte des Bologna-Prozesses benannt: Modularisierung, und die „Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse“ (Bologna ´99). Blicke noch die verbesserte Mobilität der Studierenden: Da es jedoch den Hochschulen überlassen bleibt ihre Studiengänge zu modularisieren, wird es weder innerhalb von Deutschland und erst recht nicht europaweit leichter werden, während des Studiums zu wechseln. Die Bildung selbst ist also zum Objekt wirtschaftlicher Interessen geworden. Nicht wie bisher nur ihre Ergebnisse (hochqualifizierte Arbeitskräfte und Forschungsergebnisse), sondern die Bildung als Ware, als Dienstleistung, soll der Kapitalverwertung nutzbar gemacht werden. Hierbei wird auf den bereits existierenden riesigen Markt gesetzt, aber auch auf die weitere Zunahme der Relevanz von Bildung für jeden einzelnen. Denn wenn Fort- und Weiterbildung zum entscheidenden Faktor der ‚employability‘ werden, geht es nicht mehr um den Luxus, etwa der „Universität im dritten Lebensalter“, sondern um die existenzielle Frage, ob man in dem immer rauerem Klima des Arbeitsmarktes bestehen kann oder nicht. Wichtiger Motor dieser Entwicklung ist also schlicht Angst. Denn in dem Moment, wo der Zugang zur Bildung für die Menschen

zu einer solch existenziellen Frage wird, lohnt es sich die Bildung zu verknappen und damit zur Ware zu machen. Genau dieser Prozess ist in vollem Gange. Dabei ist natürlich auch die aktuelle GATS -



Besetzungen sind eine beliebte Form des Widerstands. Zunehmends wurden diese Mittel ausgehöhlt und zur bloßen Phrase. Gegenbeispiel: In Frankfurt sorgte eine Besetzung für eine stärkere Auseinandersetzung studentischer Forderungen.

Runde relevant, in der über die Liberalisierung des Bildungssektors in den Metropolen verhandelt wird. Doch auch ganz unabhängig davon existiert bereits ein riesiger Bildungsmarkt, an dem die europäischen Staaten offensichtlich Interesse haben zu partizipieren. Insgesamt erscheint es klar, dass wir es mit einem widersprüchlichen Prozess zu tun haben. Eine wirkliche Weiterentwicklung z.B. von Institutionen des 'lebenslangen Lernens' kann jedenfalls nicht kostenneutral geschehen. Auch ist es einigermaßen evident, dass Studiengebühren den Hochschulzugang für die breite Masse erschweren, genau wie jede andere Form von Privatisierung, die den Zugang zur Bildung vom Geldbeutel abhängig macht. Kostenreduzierung und Vermehrung der Studierendenzahlen schließen sich langfristig also eigentlich aus. Trotzdem wird beides versucht. Hier schießen eindeutig mehrere Interessen durcheinander, die kaum miteinander vereinbar sind.

» Was tun?

Wir müssen uns die Frage jedoch ohnehin anders herum stellen. Wir dürfen uns nicht fragen, welche Bildung die Wirtschaft von uns verlangt. Im Vordergrund muss die Frage stehen, welche Bildung wir möchten. Was kann lebenslanges Lernen noch bedeuten, außer dem ständigen Rattenrennen, um mit meinen Qualifikationen ständig up to date zu sein? Wie ist lebenslanges Lernen als emanzipatorischer Prozess denkbar, der das eigene Leben begleitet und reflektiert? Wie ist Bildung als Selbstbewusstwerdungsprozess denkbar? Emanzipation hat immer den Abstand zu den gesellschaftlichen Verhältnissen

zur Voraussetzung, da nur durch einen solchen ein eigenständiger und unideologischer Meinungsbildungsprozess stattfinden kann. Gerade in Zeiten, in denen Bildung also aus ökonomischen Gründen abgeschafft wird und sich in einen reinen Zulieferbetrieb verwandelt, gilt es auf ihre Wichtigkeit für die Entwicklung des Menschen zu beharren und sich gegen ihre Degradierung zur Ausbildung zu wehren. Dabei darf man sich auch nicht von den ökonomischen Sachzwängen Irre machen lassen - im Gegenteil müssen wir offensiv mit ihnen brechen. Denn die aktuellen ökonomischen Verwerfungen beruht gerade nicht auf Mangel, sondern auf Überfluss. Es sind im Wirtschaftsjargon sogenannte „Überkapazitäten und Überproduktion“, die die Wirtschaft weltweit in die Knie gezwungen haben. Es ist also gerade das „Überangebot“ an stofflichem Reichtum, also an real verfügbaren Gütern, wegen dem wir sparen sollen. Das ist irrational und schlichtweg abzulehnen. Es wird also höchste Zeit, eigene Vorstellungen zu entwickeln, was Bildung sein, und wozu sie dienen soll. Nur dann können wir den aktuellen Angriffen auf unsere Bildung mit den Namen Bolognaprozess und Studiengebühren etwas Positives entgegenzusetzen. Das solche Überlegungen nicht auf die Bildung beschränkt bleiben können, sondern nur gedacht werden können im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in die sie eingebettet sind, sollte aus dem bisher Dargestellten offensichtlich sein. So wäre einmal zu fragen, was von einer Gesellschaft zu halten ist, deren zentrales Movers mehr und mehr die Angst ist. Dafür gibt es jedoch keine Blaupausen, sondern so etwas ist nur in einem gemeinsamen Prozess möglich. Die aktuellen Bildungsreformen konnten v.a. deshalb so gut durchgesetzt werden, weil wir Studierenden den neoliberalen Leitbildern keine eigenen Vorstellungen entgegenzusetzen konnten. An solchen Perspektiven zu arbeiten ist die Aufgabe von Hochschulpolitik in den nächsten Jahren.

Eine vollständige Version des Textes mit Fußnoten findet ihr auf der Homepage des Basisdemokratischen Bündnis' (www.bb-goettingen.de/1015)

■ „Professoren zweifeln am Bachelor“ – wir auch!

▶ Positionspapier des Mittelbaus der Sozialwissenschaftlichen Fakultät

“We recognise the important influence higher education institutions (HEIs) exert on developing our societies, based on their traditions as centres of learning, research, creativity and knowledge transfer as well as their key role in defining and transmitting the values on which our societies are built. Our aim is to ensure that our HEIs have the necessary resources to continue to fulfil their full range of purposes. Those purposes include: preparing students for life as active citizens in a democratic society; preparing students for their future careers and enabling their personal development; creating and maintaining a broad, advanced knowledge base; and stimulating research and innovation.”

„We share the societal aspiration that the student body entering, participating in and completing higher education at all levels should reflect the diversity of our populations. We reaffirm the importance of students being able to complete their studies without obstacles related to their social and economic background. We therefore continue our efforts to provide adequate student services, create more flexible learning pathways into and within higher education, and to widen participation at all levels on the basis of equal opportunity.“

Ministers responsible for Higher Education in the countries participating in the Bologna Process, London Communiqué, May 2007.

Gut sechs Semester ist er alt, der Göttinger Soziologie-BA-Studiengang, der erste Jahrgang soll das Studium abgeschlossen haben. Zeit zu fragen, wo wir stehen und sich kritisch mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses auseinanderzusetzen.

Dabei kann es nicht darum gehen, die alten Abschlüsse zu idealisieren: Auch diese hatten große Schwächen, insbesondere oftmals schlechte Lernbedingungen und unfreiwillig lange Studienzeiten durch überfüllte Lehrveranstaltungen, entsprechend überfüllte Sprechstunden und fehlende Betreuung, Orientierungslosigkeit, fehlende Koordination/Koordinierbarkeit von Haupt- und Nebenfächern, ...

Als dreigliedriges, stärker strukturiertes Studium bieten BA, MA und strukturierte Promotion bei sinnvoller Umsetzung Chancen, viele dieser Schwächen zu überwinden. So ist eine stärkere Strukturierung des Studiums gerade in den ersten beiden Semestern durchaus angebracht, wenn sie den Übergang von der Schule zur Hochschule erleichtert und StudienanfängerInnen einen Überblick über die Grundlagen ihres Faches bietet, bevor diese sich eigenständig darin orientieren müssen. Gerade Studienanfänge-

rInnen, deren Eltern nicht selbst bereits studiert haben, kann so der Einstieg ins Studium grundsätzlich erleichtert und damit eine weitere Grundlage für einen Studienerfolg gelegt werden.

Jedoch kommt es darauf an, nicht das ganze Studium vorzugeben, denn auch das eigenständige Planen des Studiums ist Teil des Lernprozesses. Daher ist es von zentraler Bedeutung, Raum für eine flexible, selbstverantwortliche Gestaltung des Studiums zu schaffen: Auch der BA muss Raum lassen für Versuch und Irrtum. Exzessive Prüfungs- und Credit-Anforderungen sind zu reduzieren. Die Studienzeit darf weder offiziell noch inoffiziell auf sechs Semester beschränkt werden - dies gilt auch für MA und Promotionsstudiengang. Die Universität soll im Regelfall einen sechssemestrigen Studiengang ermöglichen; dies muss jedoch als Angebot und Orientierung verstanden werden. Die strikte Koppelung der BaföG-Förderung an die sechssemestrige Studienzeit und die entsprechenden Credit-Anforderungen ist nicht hinnehmbar. Auch für Studierende in nicht-konsekutiven Master-Studiengängen sollte grundsätzlich ein Zugang zur BaföG-Förderung bestehen.

Es muss die Möglichkeit geben, (auch bestandene) Module mehrfach bzw. in unterschiedlichen (Wahlpflicht-)Bereichen zu belegen; konsekutive Module sollten ausschließlich am Beginn des Studiums stehen (ist bereits teilweise umgesetzt). Welche Noten in die Abschlussnote eingebracht werden, sollten Studierende stärker selbst bestimmen können. Den Lehrenden muss auch der BA durch offene Modulbeschreibungen Flexibilität und Entscheidungsfreiräume bei der Ausgestaltung der Seminarinhalte wie auch der Prüfungsleistungen gewähren. Auch der Nutzen einer Definition von Lernzielen, die der Bologna-Prozess als Teil einer Entwicklung hin zu „student-centred learning“ vorsieht, ist nicht von der Hand zu weisen.

Sich zu überlegen, was Studierende am Ende eines Kurses bzw. eines Studiums gelernt haben sollen, ist eine notwendige Voraussetzung für die sinnvolle Gestaltung jeder Lehrveranstaltung. Diese Outcome-Orientierung darf jedoch nicht dazu verleiten zu vergessen, dass Lesen, Diskutieren, Nach-Denken an sich wichtige Elemente eines Lernprozesses und auch bereits Ergebnisse sind, selbst wenn sie erst einmal zu keinem konkreten, abprüfbaren Outcome führen.

Wir brauchen Modulbeschreibungen, die dies berücksichtigen. Vor allem aber brauchen wir eine Entzerrung des Studiums, die Freiräume schafft

für eigenständiges, Interessen geleitetes Arbeiten - Lernen darf nicht auf die in durchschnittlich aufzuwendenden Stunden berechnete Workload und das Sammeln von ECTS-Punkten reduziert werden. Leistungsdruck und Überforderung durch eine hohe Arbeits- und Prüfungsbelastung der Lernenden wie auch der Lehrenden zerstört eine produktive Lernatmosphäre und verhindert das Erreichen eben dieser nicht so einfach abprüfbaren Outcomes.

Auch die stärkere Didaktisierung der universitären Lehre, die sich hinter dem „student-centred learning“ verbirgt, bedeutet einen Schritt in die richtige Richtung hin zu einer sozialen Öffnung der Universität: Denn so kann Studium mehr Menschen mehr beibringen - auch denjenigen, die vielleicht nicht die besten Voraussetzungen mitbringen. Doch ist gerade für die vielen noch unerfahrenen Lehrenden aus dem Mittelbau die Auseinandersetzung damit, was das Ziel einer konkreten Lehrveranstaltung ist und wie dieses erreicht werden kann, eine große Herausforderung. Gute Lehre erfordert den Anspruch auf umfassende und kostenfreie hochschuldidaktische Fortbildung für alle Dozierenden. Wir brauchen eine stärkere Wertschätzung der Lehre, u.a. durch schriftlich garantierte Anrechnung im Promotionsstudiengang bei PromovendInnen.

Bei Neueinstellungen muss die Lehrerfahrung wesentlich stärker berücksichtigt werden - wenn allein die Zahl der Publikationen zählt, ist selbst bei hoher intrinsischer Motivation und großer Begeisterung für das Fach ein nachhaltiges Engagement in der Lehre kaum durchzuhalten.

Auch darf die Umstrukturierung des Studiums bei gleichzeitiger Einführung von Studienbeiträgen nicht als Ausrede für die Schaffung unterbezahlter, prekärer Stellen dienen. LfBA-Stellen jeglicher Art sind weder gegenüber den Lehrenden noch gegenüber den Studierenden zu verantworten: Sie bedeuten eine Situation der Ausbeutung, die nicht die Grundlage guter Lehre sein kann! Konkret bedeutet dies, dass dringend mehr unbefristete MitarbeiterInnen-Stellen geschaffen werden müssen. Promovierende und habilitierende MitarbeiterInnen, die sich in der Lehre engagieren sollen, brauchen Stellen mit einer Vertragslaufzeit von sechs Jahren, da

diese Zeitspanne der tatsächlichen Qualifikationsdauer entspricht. Gerade ein an den Studierenden orientiertes Lehren und Lernen setzt voraus, dass die Lehrbelastung nicht so hoch sein darf, dass sie zu einer Überforderung und Demotivierung der Lehrenden führt.

Studiengänge stärker zu strukturieren und zu planen, bedeutet jedoch nicht, sie von der Forschung zu entkoppeln. Interessante, zielorientierte Lehre

ist nur möglich, wenn die Lehrenden zugleich Forschung betreiben können. Ebenso muss der Studiengang so offen angelegt sein, dass die Studierenden eigene Projekte verfolgen können - und das Lehrdeputat niedrig genug, um diese Arbeiten auch angemessen betreuen zu können.

Genauso wenig kann eine stärkere Strukturierung und Didaktisierung des Hochschulstudiums eine zentrale und starre Vorgabe aller Prüfungstermine, mit der Erfassung aller erbrachten Prüfungsleistungen, Noten etc. sowie einer engen Kontrolle der Modulgestaltung durch Prüfungsamt und Studiendekanat bedeuten.

Natürlich setzt die Planung der Studiengänge eine gewisse Datengrundlage voraus.

Trotzdem kann das Versprechen des London Communiqués, für „more flexible learning pathways into and within higher education“ zu sorgen, nur eingelöst werden, wenn auch die administrative Umsetzung flexibel ist: Dazu gehören weitgefaste Modulbeschreibungen ebenso wie die Abschaffung des FlexNow-Systems, das den Druck auf Lehrende und Lernende durch die zentrale Erfassung der Noten mit festen Fristen erhöht. Nur, wenn die Lehrenden selbst über die notwendigen Spielräume verfügen, können sie projektorientiertes, selbständiges Arbeiten der Studierenden fördern. Hingegen sorgen enge Vorgaben und starre Zeitfenster für eine Schematisierung und Erstarrung der Lehre, die von Lehrenden und Lernenden als demotivierend und leistungshemmend empfunden wird. Auch spiegelt das „Ranking“ der Studierenden in zentralen Systemen wie FlexNow eine ideologisierte Interpretation der Bologna-Prinzipien wider, die Outcome-Orientierung allein als eine Orientierung an Noten begreift - vom Ideal des an den Studierenden orientierten Lernens ist diese Form der Studienorganisation und Leistungserfassung weit entfernt.



► **Aus den genannten Gründen fordern wir:**

- Mehr Flexibilität für Lehrende und Lernende:
- Mehr Raum für eigenständiges Arbeiten der Studierenden
- Keine starre Begrenzung der Studiendauer (BA, MA, Promotion)
- Offene Modulbeschreibungen, insbesondere keine Festlegung der Prüfungsleistungen in den Modulkatalogen
- Geringere Arbeits- bzw. Prüfungsbelastung von Lehrenden und Lernenden
- Konsekutive Module nur in den ersten beiden Semestern des BA
- Stärkere Entscheidungsfreiheit der Studierenden, welche Noten in die Abschlussnote eingehen
- Keine starr vorgegebenen Fristen für Prüfungsleistungen, Abschaffung der festen Zugangsnote zum MA-Studiengang
- Bessere Voraussetzungen für eine an den Studierenden orientierte Lehre:
- MitarbeiterInnen-Stellen anstelle von LfBA-Stellen
- Mehr unbefristete Stellen, 6-Jahres-Verträge für alle Qualifikationsstellen
- Tatsächliche Vereinbarkeit von Lehre und Forschung, insbesondere bei Qualifikationsarbeiten
- Anspruch auf kostenfreie hochschuldidaktische Fortbildungen für alle DozentInnen
- Schriftlich garantierte Anerkennung der Lehre im Promotionsstudiengang

Ein strukturierteres, didaktischeres Studium sinnvoll umzusetzen und auf diese Weise viele Mängel der alten Studiengänge zu beheben, kostet viel Geld. Wenn der Bologna-Prozess politisch gewollt ist, muss er auch durch die öffentliche Hand finanziert werden, und nicht durch Studiengebühren!

Gute und unabhängige Lehre braucht eine solide Grundfinanzierung. Die hohe Arbeitsbelastung durch die Einwerbung von Drittmitteln sowie der Ersatz regulärer Stellen durch Stiftungsprofessuren gefährden die Qualität und Unabhängigkeit von Forschung und Lehre. Der Trend, die Autonomie der Hochschulen durch Entmachtung der gewählten Selbstverwaltungsgremien zu unterlaufen und zentrale Kompetenzen an Stiftungsräte und Akkreditierungs-

agenturen abzugeben, muss umgekehrt werden.

Das Ziel der Hochschulpolitik muss die soziale Öffnung der Universität sein. Jedoch setzt der entscheidenden Selektionsmechanismus lange vor dem Eintritt in die Hochschule ein: Um daher möglichst vielen eine möglichst gute Bildung zukommen zu lassen, brauchen wir eine Reform des gesamten Bildungswesen, nicht nur der Hochschulen. Kostenfreie öffentliche Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr, kostenfreie Kindergarten- und Hortplätze, Schulen, die allen Kindern die Chance bieten, das Abitur zu erreichen. Nur dann können BA und MA halten, was sie versprechen!

Termine (Weitere Infos unter: <http://bb-goettingen.de>):

Fr. 04.Jun, 17:00 - Sa, 05.Jun, 23:00

Antifée Festival - Gegen Sexismus und Nationalismus

Ort: Campus Uni-Göttingen

Di, 08.Jun, 16:00

Comiclesung: Ulli Lust - „Heute ist der letzte Tag vom Rest deines Lebens“

Fachgruppe Germanistik / Fachgruppe SoWi

Ort: Café Kabale (Geismarlandstr. 19)

Di, 08.Jun, 18:00

Vollversammlung der SoWi Fakultät

Ort: ZHG008

Mi, 09.Jun, 11:00

Bildungsstreik 2010

Demo am 9. Juni

Ort: Gänseliesel

Mi, 09.Jun, 10:45

Bildungsstreik 2010

Antikapitalistischer Block auf der Demo am 9. Juni

Ort: Willhelmsplatz

Aufruf: Jugendantifa Göttingen

Sa, 12.Jun, 11:00

Gemeinsame Fahrt zur landesweiten Demo „Für selbstbestimmtes Leben und Lernen“ in Hannover

Treffpunkt: Bahnhofsvorplatz

Sa, 19.Jun, 10:00 - 15:00

Workshop: Kapital als Macht und imaginäre Institution.

Ort: Göttingen (SOFI, Friedländer Weg 31)

VeranstalterIn: Verein für das Studium und die Förderung der Autonomie (VSFA e.V.)

Di, 22.Jun, 18:00

Comiclesung: Martin Büsser - „Der Junge von Nebenan“

Fachgruppe Germanistik / Fachgruppe SoWi

Ort: Café Kabale

Fr, 02.Jul, 20:00 - Sa, 03.Jul, 00:00

20. Geburtstag und Sommerfest des Kabale-Kollektivs

Ort: Café Kabale

Weitere Infos unter: <http://myspace.com/kabalekabale>

Basisgruppe Sozialwissenschaften

Wir treffen uns jeden Montag 20:00 Uhr gemeinsam mit der Basisgruppe Germanistik

Wenn du mehr erfahren und mitmachen willst, schreib uns einfach eine E-Mail an:

bgsowi@lists.stud.uni-goettingen.de

Homepage: <http://bb-goettingen.de/bgsowi>